

## UMWELTPOLITIK

# Das Ungeheuer Ökosteuer



Wer kann sich künftig noch ein Glas Wasser leisten?

(Foto: Christian Mosar)

**Abgaben auf Benzin, Strom und Wasser werden häufig als unsozial kritisiert. Doch es gibt Modelle, wie eine ökologische Steuerreform sozial gerecht ausfallen könnte.**

Umweltprobleme lösen sich manchmal von allein. In vielen osteuropäischen Ländern ist in den vergangenen 15 Jahren die Luft sauberer geworden, weil mit der Auflösung der kommunistischen Wirtschaftsstrukturen auch die Schwerindustrie zusammengebrochen ist. Arcelor-Chef Guy Dollé stellt schon mal in Aussicht, dass in Westeuropa eine ähnliche Entwicklung stattfinden könnte, unter anderem durch die CO<sub>2</sub>-Minderungspolitik und damit einhergehende Maßnahmen wie Energiesteuern. Wenn morgen die Arcelor ihre Elektro-Stahlwerke in Luxemburg schließen würde, wäre die Luxemburger Kyoto-Bilanz auf einen Schlag saniert. Doch die damit verbundenen Entlassungen würden ein soziales Problem schaffen. Es sind solche Überlegungen, die den Eindruck aufkommen lassen, Umweltschutz und sozialer Frieden seien unvereinbar.

Insbesondere die Forderung nach Ökosteuern wird wegen der sozialen Konsequenzen häufig kritisiert. Einerseits wird befürchtet, dass Industriebetriebe mit hohem Energieverbrauch oder hohen Emissionswerten nicht mehr wettbewerbsfähig sind und dadurch Arbeitsplätze verloren gehen. Andererseits treffen Preiserhöhungen, beispielsweise auf Strom, Heizung und Wasser, vor allem die sozial Sch-

wächeren, denn solche Ausgaben machen einen relativ großen Anteil ihres Haushaltsbudgets aus. Grundsätzlich kritisiert wird auch, dass Ökosteuern zur indirekten Fiskalität gehören. Anders als die Einkommenssteuern steigen sie nicht progressiv bei höheren Einkommen und leisten deshalb keinen Beitrag zur sozialen Umverteilung.

## Beispiel Schweden

Dass eine ökologische Steuerreform mit der Zustimmung von Gewerkschaften und linken Parteien möglich ist, zeigt

das Beispiel Schweden. Zwischen 2001 und 2005 wurden in mehreren Stufen die Abgaben auf natürlichen Ressourcen erhöht. Dabei stieg zum Beispiel die CO<sub>2</sub>-Taxe von vier auf zehn Cent pro Kilogramm CO<sub>2</sub>. Das ist viel, wenn man bedenkt, dass Schweden eine sehr exportorientierte Wirtschaft hat. Außerdem stellen die klimatischen Bedingungen eine große Herausforderung im Bereich Beheizung der Privatwohnungen dar. Dennoch ist der Energieverbrauch in diesem Sektor seit 2000 fast konstant geblieben, während er zuvor rapide

anstieg. Im Bereich Verkehr hat sich die Zahl der "sauberen" Fahrzeuge binnen vier Jahren versechsfacht.

Ein wichtiger Aspekt der ökologische Steuerreform in Schweden war die Aufkommensneutralität. Zwischen 2001 und 2005 wurden 1,5 Milliarden Euro mehr an Umweltsteuern eingenommen. Dafür wurde die Fiskalbelastung der Arbeit - Sozialabgaben und Einkommenssteuern - um die gleiche Summe vermindert. Das Prinzip Aufkommensneutralität wird mittlerweile von den meisten BefürworterInnen von Ökosteuern vertreten. Ein naheliegender Grund ist die Empfindlichkeit der BürgerInnen gegenüber Steuerhöhungen. Die Einführung zusätzlicher Umweltabgaben sollte nicht in den Verdacht geraten, nur ein Trick zu sein, mit dem die Regierung dem Volk die Taschen leert. In diesem Sinn hat Jean-Claude Juncker, der sich gerne als Verfechter der Nachhaltigkeit gibt, eine große Chance verpasst. Im Rahmen der massiven Steuersenkungen 2001- 2002 wäre es politisch unproblematisch gewesen, das gesamte Fiskalsystem ökologischer zu gestalten.

Neben der Akzeptanz sprechen auch andere Gründe für eine gewisse Aufkommensneutralität. Durch die Erhöhung von Umweltabgaben sind bestimmte Akteure - Bevölkerungsgruppen oder Wirtschaftszweige - besonders betroffen. Die Mehreinnahmen aus den Ökosteuern lassen sich dazu nutzen, diesen Schock abzufedern. Zum einen macht eine allgemeine Senkung der Steuerlast die zusätzlichen Kosten erträglicher. Zum anderen können die notwendigen Umstellungen finanziell unterstützt werden: für Privathaushalte eine Prämie bei der Erneuerung des Heizsystems, für die Industrie eine Subventionierung sauberer Produktionsanlagen.

## Schutz der Schwachen

UmweltschützerInnen erinnern gerne daran, dass es die sozial Schwachen sind, die von einer sauberen Umwelt am meisten profitieren. Schließlich seien sie die ersten Opfer: Wer zu Fuß geht, weil er sich kein Auto leisten

## Öko und sozial

Ob Umwelt- und soziale Interessen vereinbar sind, wird in linken Kreisen heiß diskutiert. Das Thema Ökosteuern ist exemplarisch für die Schwierigkeiten und Lösungsansätze. Die woxx hat Jean-Claude Reding vom OGBL dazu befragt.

kann, atmet Abgase und Feinstaub ein. Wer sparen muss, züchtet Gemüse im Schrebergarten - und hofft, dass es nicht zu sehr von Blei belastet ist. Wenn sich an einem Ort die Umweltbedingungen verschlechtern, können Beserverdienende umziehen, sozial Schwache dagegen schätzen sich glücklich, wenn sie überhaupt eine bezahlbare Wohnung finden.

Diese Überlegungen mögen theoretisch richtig sein, in der Praxis stellt sich das Problem anders. Eine drastische Preiserhöhung auf Heizöl, Strom und Wasser bedeutet für MindestlohnempfängerInnen erst einmal ein Loch von so und so viel Euro in der Haushaltskasse. Dem steht eine Senkung der - sowieso niedrigen - Sozialbeiträge und der - für diese Einkommenskategorie nicht erhobenen - Lohnsteuer entgegen. In dieser Form bedeuten Ökosteuern erst einmal ein Verlustgeschäft für die sozial Schwachen.

Dieses Missverhältnis zwischen Nehmen und Zurückge-

## Boom - nur ein Mythos?

(RK) - Ökologisierung und wirtschaftliche Entwicklung gehen Hand in Hand, dies behaupten UmweltschützerInnen häufig, wenn ihnen vorgeworfen wird, Jobkiller zu sein. Das Modewort lautet "doppelte Dividende" - für die Umwelt und für den Arbeitsmarkt. In der Tat, im Bereich der Umwelttechnologien entstehen neue Arbeitsplätze und es tun sich Exportmärkte auf. Die deutsche Windkraftindustrie zum Beispiel beschäftigt mittlerweile über 60.000 Menschen und hat 2003 einen Exportumsatz von 2.188 Milliarden Euro erzielt. Ist die Ökologisierung der Wirtschaft die überraschende Antwort auf die Lissabon-Frage: Wie kann Europa Wachstum erzielen?

Die Wirklichkeit sieht anders aus, meint jedenfalls OECD-Umweltexperte Lorents Lorentsen. Umweltpolitik sei wichtig und bringe langfristig auch gesamtgesellschaftliche Vorteile. Doch der Boom der Öko-Technologien sei zu schwach, um das Wirtschaftswachstum insgesamt anzukurbeln. Zwar seien die Kosten für Umweltschutz in den OECD-Ländern, anders als oft dargestellt, niedrig: weniger als drei Prozent des Bruttosozialpro-

dukts, für das Kyoto-Abkommen sogar nur 0,1 bis 0,2 Prozent. Dafür ist die Beschäftigung im Bereich der Umweltgüter und -dienstleistungen ebenfalls bescheiden: ein bis 1,5 Prozent der ArbeitnehmerInnen in der OECD.

Diese Zahlen stellen den Sinn umweltpolitischer Maßnahmen nicht in Frage. Sie könnten aber so verstanden werden, dass Wachstum auch in Zukunft nur mit "schmutzigen" Wirtschaftsaktivitäten möglich ist. Auf Luxemburg bezogen: Wir müssen weiterhin auf die Herstellung von Autozubehör oder CDs und DVDs setzen. Solche Überlegungen gehen an einer wichtigen Tatsache vorbei: dem immer größeren Anteil des Dienstleistungssektors am Bruttosozialprodukt. Wirklich zukunftsfähig sind zum Beispiel Internetdienste, auch wenn sie nicht als Umwelttechnologie geführt werden. Abgesehen von den - lösaren - Problemen Elektroschrott und Stromverbrauch, was ist ressourcenschonender als Online-Shopping, Telearbeit oder ein Musik-Download?

## GEWERKSCHAFT UND UMWELT

# "Es gibt Konvergenzen"

**Ob beim Thema Findel oder bei den Ökosteuern, der neue OGBL-Chef Jean-Claude Reding will nicht als Bremser in Sachen Umweltschutz dastehen.**

ben ist in Luxemburg besonders ausgeprägt, weil die Steuerlast auf niedrigen Einkommen kaum noch abgesenkt werden kann. Aus diesem Grund wurde bereits 1998 vom Wuppertal-Institut die Idee eines Öko-Bonusses lanciert. Dabei soll pro Kopf eine bestimmte Summe Geld aus den Mehreinnahmen durch Ökosteuern an die BürgerInnen zurückfließen. Sozial gerecht wäre dieses Modell, weil Besserverdienende mehr Energie und Ressourcen verbrauchen und damit mehr Umweltabgaben zahlen als sozial Schwache. Trotzdem erhalten sie nur die gleiche Summe ausbezahlt. Auch in der 2004 im Auftrag des Mouvement écologique von Dieter Ewringmann verfassten Studie wird diese Idee aufgegriffen. Alternativ wird vorgeschlagen, die Rückerstattung in eine Alterszusatzversicherung fließen zu lassen - ein für die meisten Linken eher zweifelhaftes Ansinnen.

## Ökobonus und Index

Doch die Einführung von Ökosteuern stößt in Luxemburg an ein weiteres Hindernis: den Index, die automatische Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung. Ökosteuern führen dazu, dass eine Reihe von Produkten teurer werden. Normalerweise würden die Löhne im gleichen Maße angepasst. Das wäre für die Betriebe problematisch. Den höheren Löhnen stehen ja keine höheren Einnahmen gegenüber, weil die Abgaben in die Staatskasse fließen. Würden die Betriebe ihrerseits die Preise erhöhen, um die gestiegenen Lohnkosten aufzufangen, so würde sich eine klassische Lohn-Preis-Spirale einstellen, mit einer galoppierenden Inflation.

Um das zu vermeiden, plädieren die BefürworterInnen einer ökologischen Steuerreform dafür, die Indexierung punktuell auszusetzen. Mit der Preiserhöhung gehe in diesem Fall kein Verlust an Kaufkraft einher, weil das Geld über den Ökobonus zurückerstattet wird, so ihr Argument. Die Gewerkschaften haben solche Vorhaben bisher immer abgelehnt, und dabei darauf hingewiesen, dass jede Manipulation des Index diese wichtige soziale Errungenschaft in Gefahr bringe. Im woxx-Interview gibt sich OGBL-Präsident Jean-Claude Reding zwar gesprächsbereit, macht aber keine klare Aussage zur Möglichkeit, den Index im Rahmen einer ökologischen Steuerreform auszusetzen. Die Regierungen wiederum haben die abweisende Haltung der Gewerkschaften als Vorwand benutzt, um nicht über Ökosteuern diskutieren zu müssen. Ob die von Reding angekündigten Gespräche mit dem Mouvement écologique wohl Bewegung ins Dossier bringen werden?

Raymond Klein

**woxx: In der Vergangenheit zeigte der OGBL bei Themen wie Findel oder Bauschutt wenig Verständnis für die Forderungen der Umweltschutzorganisationen. Haben ArbeitnehmerInnen keine Ohren, keine Nase und keine Augen?**

**Jean-Claude Reding:** Ich bin erstaunt darüber, dass dieser Eindruck aufkommt. Unsere Gewerkschaft setzt sich in vielen Bereichen für Umweltbelange ein. Für uns hängt Ökologie mit den Arbeitsbedingungen, dem Gesundheitsschutz, der Transportpolitik zusammen.

**Bei der Frage des Findel-Ausbaus gibt es jedoch klare Interessenskonflikte zwischen dem Erhalt von Arbeitsplätzen und der Minderung des Fluglärms.**

Es geht nicht nur um Arbeitsplätze. Bei Cargolux sind die Arbeitsbedingungen teilweise untragbar. Deshalb muss eine neue Halle gebaut werden. Darüber hinaus stellt sich die grundsätzliche Frage, welchen Flughafen wir wollen. Diese Diskussion wurde nie ernsthaft geführt. Wir sind gegen einen City-Flughafen, wenn das heißt, den Frachtverkehr einzustellen. Der Flughafen ist wichtig für Luxemburg als Wirtschaftsstandort, und der Cargobereich gehört dazu. Warum sollten diese Arbeitsplätze vernichtet werden?

**Es geht ja nicht um die aktuelle Lärmbelastung. Es besteht jedoch die Gefahr, dass die Cargolux, wie DHL in Brüssel, mit einem Rückzug droht, wenn Frachtverkehr und Nachtflüge nicht ausgeweitet werden.**

Bisher ist das noch nicht der Fall. Richtig ist, dass es problematisch ist, dass der Findel so nah an Wohngebieten liegt. Wir müssen einen Kompromiss finden zwischen den notwendigen Aktivitäten des Flughafens und dem, was für die Anwohner zumutbar ist. Dazu gehören auch technische Maßnahmen und Einschränkungen für den Flugverkehr. Die Kritiker wehren sich ja vor allem gegen einen unkontrollierten Ausbau. Der OGBL ist bereit, diese Diskussion zu führen.

**Bisher war das Verhältnis zu den Umweltbewegungen nicht so gut.**

Es ist normal, dass es Gegensätze gibt und dass die manchmal etwas vehementer artikuliert werden. Ich halte aber nichts von verbaler Eskalation, das dient der Sache nicht. Die Unterredung mit dem Mouvement écologique vergangene Woche fand in einem guten Klima statt. Neben Meinungsverschiedenheiten gibt es auch Konvergenzen.

**In welchen Bereichen?**

Wir haben den Mouvement ermuntert, sich in die Lissabon-Diskussion einzubringen. Als Gewerkschaft setzen wir

den Schwerpunkt natürlich auf das Soziale, die Arbeitgeber auf die Wirtschaft. Die dritte Säule - die Ökologie - riskiert, vernachlässigt zu werden. Wir haben den Vorschlag gemacht, Öko-Effizienz zu fördern - eine sinnvolle Nische für den Standort Luxemburg. Dieser Wirtschaftsbereich unterstützt die Entwicklung neuer Technologien, schafft hochqualifizierte Arbeitsplätze und steht nicht in Konkurrenz zu Billiglohnländern. Da könnten Gewerkschaften und Umweltorganisationen an einem Strang ziehen. Leider sind die Vorschläge der Regierung zur Förderung von alternativen Energi-

wie Erdgas investiert wird, die zwar kurzfristig rentabel, aber eigentlich unnachhaltig sind. Oder dass gar eine gefährliche Technologie wie die Atomenergie wieder interessant wird. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass Ökosteuern indirekte Steuern sind. Anders als die Einkommenssteuer tragen sie nicht zur sozialen Umverteilung bei. Sozial Schwache werden von solchen Steuererhöhungen voll getroffen.

**Der Mouvement écologique hat einen Ökobonus vorgeschlagen, der die sozialen Konsequenzen aufzufangen soll.**

Solche Kompromisse waren für uns nur akzeptabel, weil die Verwendung der Mehreinnahmen klar war, zum Beispiel für den Fonds de l'Emploi. Derzeit mehren sich die Versuche, Steuererhöhungen als Beitrag zum Gesundheits- oder Umweltschutz darzustellen. Indem wir diese Preissteigerungen aus dem Index herausrechnen, gefährden wir die Glaubwürdigkeit des Instrumentes. Wenn wir aber die automatische Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung in Frage stellen, was soll dann an die Stelle treten? Ist es wirklich günstiger, jedes Jahr darüber zu verhandeln, wie viel die Löhne steigen müssen, um die Preisentwicklung aufzufangen?

**Eine ökologische Steuerreform wäre aufkommensneutral. Die Mehreinnahmen würden an die ArbeitnehmerInnen zurückfließen, eine Index-Anpassung der Löhne wäre also nicht nötig. Kann der OGBL mit so einer Lösung leben?**

So etwas könnte man im Rahmen einer vollständigen Ökologisierung der Steuerpolitik diskutieren. Derzeit stehen nur punktuelle Steuererhöhungen zur Debatte, für die der Index außer Kraft gesetzt werden soll. Diesen Vorhaben werde ich keinen Vor-schub leisten.

**Was wären die Bedingungen, damit der OGBL eine ökologische Steuerreform unterstützt?**

Zum einen sollte man die Auswirkungen auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche genau untersuchen. Es gilt, die Umstellungen abzufedern, um wirtschaftliche und damit soziale Brüche zu vermeiden. Zum anderen müsste eine solche Reform sozial ausgeglichen sein. Sozial Schwache dürften nicht stärker belastet werden.

**Der Index ist nicht das einzige Instrument zum sozialen Ausgleich?**

Nicht das einzige Instrument, und nicht einmal besonders gerecht. Aber er gehört zum Luxemburger Sozialmodell, genauso wie gute Sozialleistungen, ohne die die Zahl der "working poor" in Luxemburg beträchtlich höher wäre als dies ohnehin der Fall ist.

Interview: Raymond Klein



en nicht konsequent genug. Zum Beispiel sind nur 200 Projekte zur energetischen Altbausanierung vorgesehen. Das reicht nicht, um diesen Wirtschaftsbereich nachhaltig zu stärken.

**Bei der Wirtschaftsförderung mag es Einigkeit geben, doch in Sachen Ökosteuern haben die Gewerkschaften bisher eine Blockadehaltung eingenommen.**

Der OGBL hat sich nie einer Diskussion versperrt. Wir haben nur davor gewarnt, umweltpolitische Ziele allein über die Besteuerung, also über den Preis, erreichen zu wollen. Da ist viel Ideologie dabei, viel Glauben an die "lenkende Hand des Marktes". Muss man nicht immer noch bestimmte Dinge über Verordnungen und Verbote regeln? Ein weiteres Problem ist die Verbindung von Preisdruck und Liberalisierung. In der Energiepolitik führt das dazu, dass in Energieträger

Leider hat kaum jemand die Idee aufgegriffen. Die Regierungen interessieren sich vor allem für die steuerlichen Mehreinnahmen. Nicht, dass ich von der Mouvement-Studie überzeugt wäre. Aber wenn man schon Ökotaxen einführen will, dann sollte man nicht nur punktuell an dieser oder jener Steuer-schraube drehen. Das muss im Kontext des gesamten Steuer- und Umverteilungssystems diskutiert werden. Wir werden mit dem Mouvement écologique mehrere Unterredungen zu diesem Thema führen.

**Wenn aufgrund der Ökosteuern die Preise steigen, steigt auch der Index. Das Ökobonus-Modell sieht vor, die automatische Lohnanpassung außer Kraft zu setzen, um einen wirtschaftlichen Schock zu vermeiden. Warum versperrt sich der OGBL dieser Idee, wo er doch in andere Index-Manipulationen eingewilligt hat?**